

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Belldstraße 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bonar Law über die deutschen Vorschläge

London, 19. März. (WIB.) Die Reife des englischen Bot-
schafts Lord d' Abernons nach London wird in der Presse
viel beachtet. „Star“ schreibt, man frage sich sowohl in parlamen-
tarischen als auch in politischen Kreisen Londons, wann und auf
welchen Initiativen hin das von allen einschlägigen Personen auf beiden
Seiten des Kanals als zwecklos erkannte Ruhrunternehmen der
Franzosen beendet werden wird. In manchen Londoner Kreisen
sei man der Ansicht, daß in nicht allzulanger Zeit Poincaré wieder
nach London kommen werde. Die wirkliche Schwierigkeit
sei im Augenblick, daß

keine Macht den ersten Schritt zu tun wage,

um Frankreich und Deutschland zu zwingen, Verhandlungen mit-
einander einzuleiten.

Bonar Law teilte im Unterhause mit, es treffe nicht zu, daß
Deutschland kürzlich endgültig Frankreich 7500 Millionen Dollars,
das sind ungefähr 1600 Millionen Pfund Sterling, als Regelung der
Reparationen ausschließlich der bereits geleisteten Reparationen in
Bar, Kohle, Eisen und Waren angeboten, und daß Frankreich dieses
Angebot abgelehnt habe, ohne einen Alternativvorschlag zu machen.
Der Premierminister fügte jedoch hinzu, daß unter gewissen Be-
dingungen Deutschland zur Zeit der Alliiertenkonferenz in
Paris beabsichtigt habe, ein

Angebot von 1 1/2 Milliarden Pfund Sterling

Das sind 25 Milliarden Goldmark zu machen. Die britische Re-
gierung sei damals der Ansicht gewesen, daß bei Gewährung eines
Moratoriums 2 1/2 Milliarden Pfund innerhalb der Zahlungsfähig-
keit Deutschlands liegen würde. Aber diese Vorschläge seien von
den Alliierten nicht angenommen worden.

Englands Weg zum Frieden.

London, 20. März. (WIB.) In einem „Frankreichs Weg zur
Sicherheit“ überschriebenen Leitartikel führt „Westminster Gazette“
aus, in Paris werde Poincaré die Absicht zugesprochen, die Alliierten
zu fragen, wie am sichersten wohl die Entlastung der Zahlungs-
pflichten Deutschlands erfüllt werden. Wenn eine solche Frage gestellt werde,
so werde klar ersichtlich, daß eine

Konferenz von erster Bedeutung

stattfinde, welche Antwort auch immer gegeben werde, es könne
nicht die von Bouchéur gewünschte sein, der die Frage der Er-
richtung einer rheinischen Republik wieder aufgeworfen
habe. Es wäre wünschenswert, daß die französischen Staatsmänner
sich mit wirklich leichten beschäftigen und nicht mit Träumen.
Es bestehe nicht die geringste Aussicht auf die Errichtung
einer solchen Republik. Die deutschen Bewohner dieses Gebietes
dächten nicht an Loslösung von Deutschland. Im Gegenteil, der
deutsche Widerstand sei von Woche zu Woche fester geworden.
Präsident Ebert fordere die Männer des Ruhrgebietes auf,
festzuhalten, und finde willige Bereitschaft. Trotzdem
sei zu hoffen, daß die Darlegungen, die Deutsch-
land über seine Lage zu machen bereit sei, zu weiteren
Verhandlungen führen. Es sei zwecklos, wenn Frankreich
erkläre, daß eine Intervention einer anderen Macht als eine ein-
seitige Handlung angesehen werde. Früher oder später müsse ein
Versuch erfolgen, einen Ausweg aus dem augenblicklichen Stillstand
durch Verhandlungen zu finden.

Deutschland müsse jede Anstrengung in dieser Richtung ermutigen,
es werde sehr wenig Sympathien finden, wenn es alles auf Wider-
stand setze und keine Bereitschaft zeige, Bedingungen anzunehmen, die
zur Grundlage diplomatischer Erörterungen gemacht werden könnten.
Wenn die Forderung Frankreichs, auf Wiederherstellung an zweiter
Stelle komme, dann sei es Frankreichs Sache, seine Wiederher-
stellungsvorschläge abzuändern, den würgenden Griff vom Ruhr-
gebiet wegzunehmen und Sicherheiten auf eigenem Wege zu leisten.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ hebt
hervor, daß Bouchéurs letzter Vorschlag betreffend Loslösung der
Rheinlande von Deutschland als unabhängige Republik nicht nur
dem Geist und dem Buchstaben des Versailler Vertrages, sondern
jedem anerkannten internationalen Recht entgegensteht. Er
bedeute nicht nur die Zerstückelung der deutschen Einheit, son-
dern die Stellung dieser Zerstückelung Deutschlands unter die
Regide des Völkerbundes, dessen moralisches Prestige durch die
Übernahme einer solchen Verantwortung ruiniert werden würde.

England erwartet deutsche Vorschläge.

Der Londoner Korrespondent der „Westlichen Ztg.“, Dr. W. H.
Edwards, drohet seinem Matie, daß die von den englischen Kor-
respondenten in Berlin nach London berichteten Anzeichen, die für
die Bereitschaft der deutschen Regierung sprechen, neue Re-
parationsvorschläge auszuarbeiten, bei allen englischen
Vorleuten die günstigste Ausnahme gefunden haben. Wäre die deutsche Regierung bereit, in diesem Augenblick bestimmte,
klar begründete und ausreichend garantierte Reparationsvorschläge
zu machen, so würde diese Tat schon an sich auch im Falle, daß
die Endziffer von Frankreich abgelehnt werden würde, klärend auf
die politische Lage einwirken und eine Lösung in der näheren
Zukunft beschleunigen.

In diesem Sinne erklärte eine Persönlichkeit, die sowohl über
die Absichten der Völkerbundsleitung, als auch über die politi-
schen Anschauungen der englischen Regierung
gut informiert ist, dem Korrespondenten der „Westlichen Ztg.“ fol-
gendes: Nach der Brüsseler Besprechung zwischen Ebernis und
Poincaré, sowie auf Grund von Eröffnungen Mussolinis in Paris
dürfte feststehen, daß weder Belgien noch Italien mit dem Umfang
der französischen Ruhraktion und ihrer negativen wirtschaftlichen
Ergebnisse einverstanden sind. Ein klipp und klares geschäftlich

aufgezogenes deutsches Angebot würde zweifellos in diesen Ländern
den Widerstand der einfluhrreichsten Wirtschaftskreise gegen
die Fortsetzung der nicht nur unfruchtbaren, sondern schädlichen
Ruhraktion ganz erheblich stärken. Da England an sich in
der Reparationskommission und in der Entente-Konferenzen bereit
wäre, deutsche Vorschläge, die nicht wesentlich von Bonar Laws
Pariser Plan abweichen, zu erörtern, würde damit die Situation
gegeben sein, daß Frankreich vor der Wahl stünde, sich gleichfalls
an der Diskussion zu beteiligen, oder sich durch seine ablehnende
haltung endgültig und vollständig zu isolieren. Die außerordentlich
ungünstigen wirtschaftlichen Wirkungen der Ruhraktion auf die
französische Wirtschaft dürften Poincaré eine vollständige Ableh-
nung erheblich erschweren. Die Mehrheit des Kabinetts und der
Kammer dürften mit einem Achtungserfolg, der in der Bekannt-
gabe neuer deutscher Vorschläge liegen würde, einigermassen zu-
frieden sein.

Auf den Einwand des Korrespondenten, es werde in Deutschland
für eine Regierung sehr schwer sein, nach der unwürdigen Behand-
lung der Bergmannschen Vorschläge in Paris ohne einen deutschen
Achtungserfolg neue Vorschläge zu machen, antwortete der Gewährs-
mann, es sei keineswegs unwahrscheinlich, daß von englischer oder
amerikanischer Seite darauf hingewirkt werden würde, eine
deutsche Delegation als gleichberechtigten Ver-
handlungsfaktor bei einer neuen Konferenz zuzulassen.

Ein gut fundiertes deutsches Angebot würde, so sehr die er-
wähnte Persönlichkeit sich, in der gegenwärtigen Lage die Frage
klären, ob Reparationen oder Annexionen das Hauptziel
der französischen Politik sind und wie ernst die gegen Annexionen
gerichteten Erklärungen Poincarés gemeint sind. Der Ausgang einer
solchen moralischen Diskussion wird auf alle Fälle von ent-
scheidender Bedeutung sein für die Einstellung der öffentlichen Mei-
nung in England und Amerika. Sie ist zweifellos eine wesentliche
Vorbereitung für ein etwaiges Interessament Englands an der Lö-
sung des Reparationsnotens. Dies könnte nur von einem neuen
Jaktum ausgehen.

Der offiziöse „Daily Telegraph“ hat in halb offiziellen Ausführ-
ungen sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Seine Auslassungen
gingen auch dahin, daß das Vorliegen eines deutschen An-
gebots Voraussetzung sei für währende Reparationsverhandlungen
unter den Alliierten und mit Deutschland.

Der englische Sozialismus marschiert.

London, 20. März. (WIB.) Der vorgestern veröffentlichte
Jahresbericht des Nationalrats der Unabhängigen Arbeiterpartei
erklärt, das verflozene Jahr habe eine bis dahin unerhörte Tätigkeit
der Sozialisten gezeigt und den größten Erfolg für die Partei seit
ihrer Gründung gebracht. In dem Bericht wird mitgeteilt, daß von
den 143 Arbeitermitgliedern des Unterhauses mehr als 80 der Un-
abhängigen Arbeiterpartei angehören. Während der letzten drei
Monate seien 84 neue Zweigstellen der Partei im Lande
gegründet worden. Ein großer Feldzug sei im ganzen Lande ge-
führt worden, um die Ideen des Sozialismus vollständig zu
machen.

Liberalen gegen Sozialismus.

London, 20. März. (EP.) Auf den Sozialisierungs-vorschlag der
Arbeiterpartei haben die Liberalen eine Motion eingebracht,
worin erklärt wird, daß der Vorschlag der Arbeiterpartei zur Ver-
minderung der Produktion, zur Schädigung des englischen Ueber-
sehandels, zur Erhöhung der Lebenskosten und zur Verminderung
des Nationalvermögens führen würde. An Stelle der Sozialisierung
schlägt die liberale Partei eine weise Sparpolitik vor, sowie
eine Steuerpolitik, die die Lasten des Staates gerechterweise auf
alle Bürger verteilt.

Interparlamentarische Sozialistenkonferenz.

Paris, 20. März. (EP.) Heute nachmittag wird in der
Kammer die Delegation der parlamentarischen sozialistischen Kam-
gruppen von England, Italien und Frankreich zusammentreten.

Frankreich zahlt und hofft.

Paris, 20. März. (UL.) Aus dem Briefe des Finanzministers
an den Finanzausschuß geht hervor, daß die vom Parlament ver-
langten Kredite zur Deckung der gesamten Ruhrausgaben für das
erste Vierteljahr 196 Millionen betragen. Da von dieser Summe ein
Betrag von 36 Millionen abzuziehen ist, um die sich die Erhaltung
der Truppen im Jannern Frankreichs verbilligt, bleiben 160 Millio-
nen übrig.

Der Arbeitsminister Le Trocquer ist gestern in Düsseldorf
angefommen und hat die Grube „Concordia“ besichtigt, auf der man
im Begriff ist, 3000 Tonnen Koks für Frankreich zur Verladung zu
bringen. Pressevertretern erklärte Le Trocquer, die Ausbeutung der
Kohlen- und Koks-vorräte auf den Grubenplätzen der Ruhr habe jetzt
begonnen und würde ohne Unterbrechung fort dauern. Einer der
Haupttransportwege, der Rhein-Herne-Kanal, der vor
einigen Wochen sabotiert und unbrauchbar gemacht worden wäre,
sei jetzt wieder instandgesetzt. Die Bahn würde von Tag zu Tag
stärker werden, und die Deutschen würden erkennen, daß die Be-
sorgung die von ihnen aufgestellten Hindernisse nacheinander beseitigen
werde.

Verlängerung des Wohnungsnotgesetzes? Die Reichstags-
fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemo-
kraten und der Demokraten haben, wie Eco meidel, im Reichstag
einen Gesetzesantrag eingebracht, der die Verlängerung
des Wohnungsnotgesetzes bis zum 30. Juni 1923
vorsieht.

Wo ist Preisabbau möglich?

Die Unternehmer stellen den Abbau der Preise als eine
unablenkbare Tatsache hin, obwohl dieser in den allgemeinen
Lebenshaltungskosten vorläufig noch fast gar nicht zu spüren
ist, weil das Mißverhältnis zwischen der geschwächten Kauf-
kraft der Bevölkerung und den überhöhten Warenpreisen auch
nach den Preisrückschlägen, die auf manchen Gebieten zweifel-
los zu verzeichnen sind, noch lange nicht beseitigt sind. Die
Unternehmer können sich bei ihrer Bemeisführung immer
wieder auf die Großhandelspreise berufen, die seit
einiger Zeit mit der Stabilisierung des Dollars tatsächlich
einen Rückgang aufweisen. Dieser Rückgang wirkt sich aber
in den Lebenshaltungskosten nicht aus, weil hier dem Preis-
rückgang mancher Waren die Erhöhung der Mieten, der Ver-
kehrstarife, der Preise für Gas und Elektrizität gegenübersteht,
die jetzt auch in dem bescheidensten Haushalt einen verhältnis-
mäßig großen Teil der gesamten Aufwandskosten bean-
spruchen. Aber auch im Großhandel ist das Tempo des Preis-
rückgangs bei den verschiedenen Warengruppen verschieden.
Ein Vergleich der Großhandelspreis-Indizes, wie sie vom
Statistischen Reichsamt für einzelne Stichtage berechnet wer-
den, zeigt recht deutlich, wo die Bestrebungen zur Herbeifüh-
rung eines Preisabbaues einsehen müssen. Diese Indizes
sind in folgender Tabelle gegenübergestellt:

Warengruppe	5. Febr.	25. Febr.	5. März	15. März
Lebensmittel	4 902	3 933	3 603	3 195
Industriestoffe	7 558	7 732	7 848	7 657
Inlandswaren	4 925	4 874	4 726	4 376
Einfuhrwaren	11 176	7 170	7 008	6 618
Gesamtindex	5 967	5 257	5 120	4 750

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Gesamtheit der
Großhandelswaren seit ihrem Höchststand bis zum 15. März
um ein Fünftel des Preises fiel. Der Preisrückgang war stär-
ker als die Durchschnittszahl angibt bei den Lebensmitteln,
die um ein Drittel, und bei den Einfuhrwaren, die sogar um
zwei Fünftel ihres höchsten Preisstandes zurückgingen.

Geringer als dieser Durchschnitt angibt, war jedoch die
Preislenkung bei Industriestoffen und bei Inlandswaren.
Erstere stehen sogar am 15. März noch über dem durchschnitt-
lichen Preisstand des 5. Februar. Die Inlandswaren, die vor-
wiegend Halbfabrikate und Fertigwaren umfassen, sind nur
etwa um ein Achtel im Preise gefallen.

Daraus geht hervor, daß das Rohstoffmonopol
der industriellen Erzeuger, das sich mit der Geld-
entwertung ungeheuerlich entwickelt hat, jetzt weniger ge-
brochen ist als je. Aber auch bei den Inlandswaren, in denen
mehr oder minder inzwischen billiger gewordene ausländische
Rohstoffe enthalten sind, ist die Tendenz zum Preisabbau
schon beim Großhandel außerordentlich gering. Ja,
man kann annehmen, daß die Preislenkung im Klein-
handel bedeutend stärker ist. Die vielen Konzeffionen, die
jetzt schon der Einzelhandel an den Verbrauch machen muß,
um überhaupt noch Umsätze zu erzielen, nachdem sich das Aus-
landspublikum verflüchtigt hat und die berufsmäßigen Han-
dler durch den stabilen Dollarkurs stuhiger geworden sind,
lassen immerhin darauf schließen, daß sich auch im Einzel-
handel der Druck des flauen Absatzes am stärksten auswirkt
und daß infolgedessen dieser Teil des Handels eher zu Preis-
senkungen geneigt ist als Produzenten und Großhandel.

Wit aller Eindeutigkeit ergibt sich aus diesen Feststellun-
gen, daß die inländischen Warenpreise trotz des Dollarkurses
im Verhältnis zu den Preisen der Auslandswaren noch
immer überhöht sind. Seit dem 25. Februar besteht zwi-
schen Industriestoffen und Einfuhrwaren ein Unterschied im
Preise, der besonders trotz hervortritt, wenn man die ent-
sprechenden Zahlen vom 5. Februar miteinander vergleicht.
Damals waren Industriestoffe um ein Drittel billiger als Ein-
fuhrwaren, am 25. Februar bereits um rund 7 Proz. teurer,
am 15. März dagegen um rund 17 Proz. teurer als jene.
An der Preisbildung der inländischen Produktion muß also
der Versuch eines Preisabbaues einsehen.

Das ist um so mehr erforderlich, als nach den Erhebungen
aus den verschiedensten Industriegruppen der Anteil der
Löhne am Warenpreis wesentlich zurückgegangen,
bei einzelnen Industrien sogar auf winzige Prozente zusam-
mengeschrumpft ist. Von den Rohstoffen und Halbfabrikaten
her, deren Preisbildung durch Kartelle leicht beherrscht wird,
werden die Preise hochgehalten. Das ergibt sich aus
der Statistik, nicht aus willkürlichen oder gar parteipolitisch
gefärbten Berichten.

Unbedingt muß danach gestrebt werden, die Waren bei
gleichem Aufwand von Rohstoff und Arbeitskraft billiger als
bisher herzustellen. Diese Forderung, die von der Sozialdemo-
kratie und von den Arbeitnehmern des Reichswirtschaftsrats
wiederholt erhoben und durch praktische Vorschläge unterstützt
worden ist, gewinnt jetzt wieder Bedeutung. Daß eine Ratio-
nalisierung der Produktion möglich ist, geht aus einem Artikel
herover, den Dr. Robert Siegert im Handelsteil des
„Berliner Tageblatts“ veröffentlicht:

„Das Verbraucherinteresse erfordert es, die Kaufkraft und Kauf-
kraft des Inlandmarktes zu heben. Trotz steigender Löhne hat sich
die Lebenshaltung der hauptsächlichsten Verbraucherkreise
relativ verschlechtert. Man ermögliche es daher diesen Be-
völkerungsschichten, durch Befassung der derzeitigen nominal gleich-
bleibenden Einnahmen mit besseren Gelder notwendigen Reuan-
schaffungen zu leben und damit den Inlandsverbrauch zu steigern.
Ein sofortiger Abbau der Löhne und Gehälter erscheint
also noch verfrüht. Freilich darf die Verschlebung des Lohn-
abbaues kein Grund zur Hochhaltung der Preise sein;

trotz stabiler Böhne wird es vielmehr Sache der Erzeuger sein müssen, auch ihrerseits und in ihrem eigenen Interesse den inländischen Absatz zu heben. Die Erzeugerschaft sollte dazu ohne weiteres in der Lage sein, denn sie hat lange genug, auf dem „Wiederbeschaffungsdogma“ fußend, die Preise mitverteuert. Sie müssen also bei Wegfall dieses Kalkulationspostens erheblich verbilligt werden.

Schärfste Kalkulation im In- und Auslande ist die Forderung. Auch die teilweise sehr hohen Sätze für allgemeine Spesen und Unkosten können herabgesetzt werden, ohne die normalen Gewinnmöglichkeiten zu gefährden. Auch die Rohstoffkosten der meisten Industriezweige vertragen wohl eine schärfere Berechnung; denn sie sind doch, selbst soweit sie aus dem Auslande stammen, zum größten Teile vor etwa einem Vierteljahr, also zu Dollarkursen von 7000 bis 9000, angeschafft. Und die Wiederbeschaffungsprämien aus früherer Zeit sind zumindest seit Umschlag der Konjunktur reine Gewinne. Sollten sie sich freilich durch Börsenspekulationen verflüchtigt haben, so kann dieser Schaden nicht auch noch auf die Verbraucherschaft abgewälzt werden.

In der Verbilligung der Produktion, die im Interesse des Verbrauchers zu erfolgen hätte, und in der Begünstigung der Qualitätsindustrie liegt auch die einzige Gewähr für die Ueberwindung der Krise im Export. Alle beteiligten Kreise, nicht zuletzt die Regierung, sollten deshalb mit größter Entschiedenheit die Bestrebungen nach rationaler Wirtschaft fördern.

Geisler und seine Gönner.

Ein volksparteiliches Urteil.

Der viel erörterte Fall Geisler gibt der „Kölnischen Zeitung“ zu folgenden Betrachtungen Anlaß:

Das Kennzeichnende an dem Fall Geisler ist die Tatsache, daß Leute ohne politische Vorzüge bei gewissen Stellen des Bürgertums Geld in Höhe und Fülle bekommen, wenn sie nur das Gespinnst des Volkshemismus oder Sozialismus an die Wand malen und sich mit großem Phrasengebrüll zur Gespensterabwehr empfehlen. Man scheint in diesen Kreisen des Bürgertums aus den unheilvollen Folgen der Tätigkeit des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht die kleinste Spur gelernt zu haben. Ueberall, wo eine Stadtlerei, Hillerei oder Geislererei in Gang kommt, sind Gelder in staunenerregender Menge da, die von einigen politischen Abenteurern in der leichtfertigen Weise ausgegeben werden, um das deutsche Volk mit allen Kräften zu verheizen und in feindliche Lager zu spalten.

Dem ist nur hinzuzufügen, daß solche Leute ohne politische Vorzüge es mit ihrem antisozialistischen Phrasengebrüll sogar so weit bringen konnten, als volksparteiliche Abgeordnete in den Reichstag gewählt zu werden.

Die Arbeiter schützen sich.

Demonstration der sozialdemokratischen Sicherheitsabteilungen in München.

München, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag, den 18. März, ist es in München wiederum zu einigen Zwischenfällen gekommen. Kurz vor der Abreise der Organisation Koffbach und zahlreicher nationalsozialistischer Hundertschaften nach Kempten usw. wurden der Jugendgruppe Fürstentum-Brud des Republikanischen Reichsbundes auf dem Münchener Hauptbahnhofe von Hakenkreuzlern die schwarzrotgoldenen Fahnen zerrissen. Die Polizei kam weder den Mißhandelten noch der Fahne der Republik zu Hilfe!

Die Feler des Republikanischen Reichsbundes im Münchener Kind-Keller war von vielen Tausenden besucht und nahm einen sehr erhebenden Verlauf. Der Thüringische Justizminister Rittmeyer überbrachte die Grüße der Thüringischen Republik, des besten Hortes der Deutschen Republik und des Hüters demokratischer Freiheit. Professor Duidde hielt die Festrede. Die Rückkehr der republikanischen Fahnen zum Gewerkschaftshaus vollzog sich dank des Schutzes einiger Abteilungen der sozialdemokratischen Sicherheitsabteilung ohne Störung.

Am Montag benutzte die sozialdemokratische Sicherheitsabteilung den kürzlich zum staatlichen Feiertag erklärten „Josefstag“ zu einem großen Marsch in die weitere Umgebung Münchens.

Preissturz.

Von Emil Rath-Schönholz.

Das Wort „Preissturz“ verfolgt mich schon im Wachen und im Traume. Wenn ich morgens und abends durch die Straßen Berlins hocke, freischt es von allen möglichen Warengruppen auf mich herab: „Gewaltiger Preissturz! Stiefel von 30 000 M. an!“ — „Schokolade um 25 Proz. billiger!“ — Alle Preise sind scheinbar aus entwürter Dollarhöhe auf die reale Erde gefallen und schauen mich mit verwunderten Augen an. Ich selbst betrachte mich mit erschrockenen Augen. Das Märchen vom Gluck ward Wahrheit... und ich komme freudbetrunken nach Hause und brülle die Treppe hinauf, daß es nur so droht: „Preissturz!“ Die Leute reihen entsetzt die Türen auf, stieren mich ungläubig, zweifelnd, mißbillig an. Meine Frau läßt mich eiligst hinter der angstvoll quersiehenden Tür verschwinden.

Ich werfe mich keuchend in meinen Klüßel — Verzehrung! — es ist ein dreieiniger, altbewährter Klüßelstuck! — und schnappe nach Luft. „Preissturz!“ — Das — ist — kaum — glaublich, aber wahr! Ich habe es mit meinen eigenen Augen gesehen!

Meine Frau entgegnet schroff: „Diese Augen scheinen vom Alkohol getrübt gewesen zu sein!“ Wenn sie so spricht, ist keine Widerrede möglich. Gottlob, werde ich denn Antwort entbitten. Die Zeitung tut es gnädigst: Gaspreis erhöht auf 700 M. — Brotpreis auf 900 M. — Milchpreis ab Montag 716 M.

„Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo,“ wend' ich schauernd meine Blicke: Portierhöhung 100 Proz. — Eisenbahnfahrpreise erhöhen sich um 100 Proz. — Zucker duckt sich zu einem gewaltigen Sprunge in schwindelnde Höhe, und ich weiß, so gut springen kann ich nicht, weder körperlich noch finanziell! Dieses Duden des Zuckers hat sich schon bemerkbar gemacht: die Marmeladenstücke ist noch dünner beschmiert als sonst, und das will schon etwas heißen. Es erscheint unmöglich, aber „Das Unbeschreibliche, hier ist's getan!“

Bei mir macht sich die unverschämte Einsicht breit, daß der Preissturz nur eine „Schimäre“ ist. Denn ich weiß noch ganz gut, daß das Schmalz bei einem Dollarkurs von 50 000 auf 7000 und darüber geteilt war und bei 20 000 nur auf 3500 zu sinken vermochte. Und Fett ist doch sonst so schmelzbar und flüssig...

Aber ich bin ein ganzer Mann und kann auf halbem Wege nicht stehen bleiben. Ich bin zu meinem Arbeitgeber gegangen und habe ihm die Sache storgelegt. Aber seine Gründe waren zwingender: „Ueber Herr Rath,“ (hat er gesagt, und da war ich schon halb entwaffnet), „sehen Sie, mit den Preisen ist das so wie mit einer schmalen Leiter: Sie sagen, die Preise sind Ihrem Einkommen vorausgeeilt — schön, Sie haben recht. Nun stellen Sie sich einmal die Sache vor: Auf der Spitze der Leiter sitzen die Preise, erfüllt von ehelichem Streben, wider herunterzufallen, nicht wahr? Aber: die Preise können einfach nicht. Denn Sie sitzen doch mit Ihrem Ein-

Der fast 2000 Mann starke Zug machte allseitig einen vorzüglichen Eindruck. Unsere Genossen tragen als einheitliches Abzeichen rote Binden mit einem schwarzrotgoldenen Querstreifen. Der Vorsitzende der Münchener Parteileitung, Genosse Thomas Zimmer, dankte in einer Ansprache im Namen der Partei allen Genossen, die durch das vorläufige Zusammenwirken in wenigen Monaten eine so starke und zuverlässige Organisation geschaffen haben. Mit Genugtuung könne man feststellen, daß die Partei mit Ruhe den kommenden Dingen entgegensehen könne. Es werde den Hakenkreuzern nicht gelingen, den Hort der freien Arbeiterschaft zu zerstören. Die sozialdemokratische Sicherheitsabteilung nimmt nur in jahrelanger Partei- und Gewerkschaftsarbeit geschulte Genossen auf und verschmäht Nichtparteilichs, insbesondere Kommunisten.

Wie zu erwarten war, drehen die Geheimbündler den Spieß um, indem sie die Bildung von Sicherheitsmannschaften zur Abwehr sozialistischer Angriffe als Vorboden einer „Roten Armee“ bezeichnen, gegen die es rüsten gelte. Es nimmt auch nicht gerade Wunder, daß die Vereinigten Bayerischen Verbände Deutschlands, die eine so wohlbelegte Persönlichkeit wie Herrn Geisler zu ihrem Vorsitzenden ausersehen haben, den Reigen der netzlichen Rufe eröffnen. Die II. mittel, haben die genannten Verbände für Freitag, den 23. März, eine außerordentliche Vertreterversammlung anberaumt mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zu der im ganzen Reiche rasch fortschreitenden Aufstellung einer „Roten Armee (Proletarische Selbstschuß-Hundert-schaften).“

München, 20. März. (II.) Eine Abordnung des Verbandes der israelitischen Kulturgemeinde hat sich zum Ministerpräsidenten Dr. v. Brüning begeben und Vorstellungen wegen der Lage der Juden in Bayern erhoben. Sie wiesen auf die Leben und Eigentum bedrohenden Terrorakte hin und erklärten, daß ein Mangel an Rechtsschutz bestehe gegenüber der Ausreizung der Volkseidenschaft eines ganzen Bevölkerungs-teiles.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Dr. Feigner Ministerpräsident.

Dresden, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Gestern haben Landtagsfraktion und Landesparteiinstanzen der USPD zu den von der Siebenerkommission ausgearbeiteten Richtlinien für das Zusammenarbeiten mit den Kommunisten Stellung genommen. Fraktion und Landesparteiinstanzen haben sich einmütig mit den Richtlinien einverstanden erklärt. Da auch von den Kommunisten endgültig die Zustimmung gegeben wurde, ist Vereinbarung über die Unterstüfung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung durch die Kommunisten zustande gekommen. Zum Ministerpräsidenten wird von unserer Fraktion der bisherige Justizminister, Genosse Dr. Feigner vorgeschlagen werden.

Koffbach bleibt in Haft.

Den Bemühungen maßgeblicher Persönlichkeiten der deutsch-völkischen Freiheitspartei ist es nicht gelungen, den aber Beurlaubt a. D. Koffbach verhängten Haftbefehl zur Aufhebung zu bringen. Seitens der zuständigen Behörden ist darauf hingewiesen worden, daß angesichts der zahlreichen gegen Koffbach schwebenden Anklagen und bei der Schwere der gegen ihn erhobenen Vorwürfe Fluchtverdacht nicht von der Hand zu weisen sei. Koffbach ist deshalb bereits gestern vom Polizeipräsidium aus dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden, der ihn wegen der ihm zur Last gelegten Delikte vernommen hat.

Verhaftungen von Selbstschußverbändlern. Wegen Agitation für die Gründung verbosener Selbstschußverbände sind in Gleiwig der Vorsitzende der deutschen Nationalen Volkspartei und Stadtratsmitglied Viktor Gänther, sowie ein Hauptmann a. D., Butz, verhaftet und nach Oppeln geschafft worden.

Die jüdischen Parlamentswahlen ergaben bisher: Rabats (Positzsch) Partei 120, Kroatische Bauernpartei (Madrisk) 67, Demokraten 50, Mohammedaner Bosnien 18, Slowenische Partei 22, Agrarier 9, Deutsche 9, Sozialdemokraten 3.

kommen davor. Also: wenn die Preise Sie nicht in die Tiefe reihen sollen, müssen Sie zunächst mit Ihrem Einkommen von der Leiter schleunigt herunterklettern. Die Preise werden nicht zögern, zu folgen.“

Ich verbog mich stumm und wurde hinausgegangen. Auf der Treppe fiel mir erst ein, daß zwischen meinem Einkommen und dem Stand der Preise noch zahlreiche Sprossen frei waren. Aber ich konnte doch nicht gut umkehren. Erstens hätte man mich wohl kaum zum zweitenmal eingelassen, zweitens wäre mein Arbeitgeber zu sehr mit der Kalkulation seiner neuen Preise (selbstverständlich erhöht) beschäftigt gewesen, um meinen unmaßgeblichen Argumenten Gehör zu schenken. Es geschieht mir also ganz recht, wenn zuerst mein Einkommen, mit dem ich nicht auskommen kann, abgebaut wird. Warum bin ich auch Arbeitnehmer? Geben ist seliger denn nehmen. ...

Auflösung der Freien Sezession? Die freie Sezession hat dieser Tage auf ihrer Generalversammlung beschlossen, die Frage ihrer Auflösung auf die Tagesordnung einer sofort einzuberufenden neuen Generalversammlung zu setzen. Damit scheint das Schicksal dieser Vereinigung besiegelt zu sein, die seit 25 Jahren unter den Künstlerverbänden Berlins zweifellos an erster Stelle gestanden hat. Veranlassung zu der Verleserung der seit längerer Zeit schleichen den Krise war der auf der letzten Generalversammlung zur Debatte stehende Antrag, der die Mitglieder verpflichten wollte, in der Berliner Akademie der Künste und bei den Jurys freien nicht auszustellen.

Kongress der Ärztlichen Gesellschaft für Sexualwissenschaft. Die Ärztliche Gesellschaft für Sexualwissenschaft und Eugenetik veranstaltete im Hygienischen Institut anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens eine Tagung, zu der Teilnehmer aus ganz Deutschland und dem Auslande gekommen waren.

Das Gesamthema der Tagung hieß „Konstitution und Sexualität“. Wie der Vorsitzende der Gesellschaft Dr. Max Hirsch ausführte, beruhen die Wissenschaften von der Konstitution und von der Sexualität auf der Lehre von der inneren Sekretion und auf der Bereibungslehre. Die Erforschung der Bereibungs-gewebe hat gezeigt — wie Prof. Hartmann ausführte —, daß die Chromosome in den Zellen die Erbtträger sind, wobei jede Zelle beide Geschlechtsbestimmungen in sich trägt. Nur dem Vorhandensein (weibliches Geschlecht) oder Fehlens (männliches Geschlecht) des Geschlechtsdifferenzial-Chromosoms bestimmt, daß das andere Geschlecht sich nicht einstellen kann. Bei Kreuzungen von Rassen mit verschiedenen potenzierten Faktoren werden dann intersexuelle Organismen erzeugt. Diese an einfacheren Lebewesen experimentell bewiesene Tatsache gilt auch für höhere Organismen, da ja die sexuelle Teilung durch die ganze lebende Natur hindurch geht. Aber die erbliche Variation und Modifikation ist schon zu trennen von der Entwicklung des einzelnen infolge der Umweltinflüsse. Diese doppelte Bestimmtheit des Menschen, die Tatsache, daß manche Krankheiten und manche organische Veränderungen verschiedenen Ursprungs sein können (genetischen oder somatischen), macht eine besondere Vor-

Die Essener Morde.

Bochum, 20. März. (W.B.) General Fournier hat durch Maueranschlag die Festnahme der bereits genannten Essener Geiseln betätigt und hierin ausdrücklich erklärt, daß der Mörder des französischen Soldaten unbekannt ist. Die Geiseln würden in Freiheit gesetzt, sobald der Urheber der Tat von den deutschen Behörden übergeben werden würde. Falls der oder die Schuldigen nicht entdeckt würden, behalte sich der Divisionsgeneral vor, der Stadt Essen eine Geldstrafe aufzuerlegen, deren Höhe noch festgesetzt werden soll. Nach der Erklärung des Divisionskommandanten kann also der erschossene Buchdruckereibesitzer Schulte als Mörder nicht in Frage kommen. Die beiden Kriminalbeamten und der Arzt, die Schulte in das Kohlenfondikat begleitet hatten, wurden, als sie sich zur Feuerwache zurückbegeben wollten, auf dem Bahnhofspolizeiplatz von mehreren Mannschaften angehalten, in den Eingang des „Handelslohs“ hineingezerrt, wo die beiden Kriminalbeamten schwer mißhandelt wurden, so daß einer von ihnen dienstunfähig ist. — Ueber den bereits gemeldeten Geiseln nennt der Maueranschlag des Generals noch Oberregierungsrat Blechener, den Vorsitzenden des Finanzamtes Essen-Land, und den Polizeidirektor Bielowski als verhaftet.

Gegen die Verhaftung des Wandgerichtspräsidenten und des nur zufällig in Essen anwesenden Abg. Quack, der längst nicht mehr Syndikus der Handelskammer ist, sind wohlbegründete Vorstellungen erhoben worden.

Die in Essen angestellten Ermittlungen über die Vorgänge in der Nacht zum Sonntag haben einwandfrei ergeben, daß

Schulte ohne jeden Anlaß erschossen

worden ist. Schulte hat sich, wie amtlich festgestellt wurde, gegen 2 Uhr nachts mit einigen Freunden auf dem Heimweg befunden, von denen er sich an der Ecke Altesseener- und Sellingsstraße verabschiedete. Nach Befragung eines Begleiters hatte Schulte die Absicht, sich durch die Sellingsstraße, Steier Straße, Ansbachstraße und die Bahnunterführung zu seiner in Elterfeld gelegenen Wohnung zu begeben, um auf diesem Wege zu vermeiden, mit Franzosen in Berührung zu kommen, weil er keinen Paß bei sich hatte. Von einer Selbstschußwache von Essener Bürgern wurde beobachtet, daß die Schulte nach der Verabschiedung von seinen Freunden, die die Sellingsstraße hinaufgingen, fielen. Die gleiche Wache hörte einen weiteren Schuß in der Herulesstraße fallen. Gegenüber der Behauptung eines französischen Patrouillenführers, in dem niedergeschossenen Schulte sei mit aller Bestimmtheit der Mann wiedererkannt worden, der am Hauptbahnhof den französischen Soldaten niedergeschossen habe, steht die Befragung der Zeugen, nach der es Schulte ganz unmöglich war, in der kurzen Zeit zwischen der Verabschiedung von seinen Begleitern zum Hauptbahnhof und von da wieder zurück zur Herulesstraße zu gelangen. Außerdem wird von mehreren Zeugen an Eidesstatt betundet, daß Schulte weder eine Waffe noch eine solche bei sich getragen hat.

Münster, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Der gestern morgen verhaftete Reichstagsabgeordnete Dr. Quack ist gestern abend wieder freigelassen worden. Die übrigen Inhaftierten werden in Haft behalten.

Paris, 20. März. (W.B.) Nach einer Meldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, wegen des Attentats auf Smeets den Polizeipräsidenten von Köln seines Postens zu entheben und eine Untersuchung zu eröffnen.

Schweizer Gewerkschaften für Ruhehilfe.

Bern, 19. März. (Schweizerische Depeschagentur.) Der Ausschuß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht einen Aufruf an alle Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie an die übrige Bevölkerung, in dem er diese auffordert, sofern sie in der Lage seien, über ihren eigenen Haushalt hinaus noch für zwei Monate Sorge für ein Kind aus den besetzten Gebieten Deutschlands zu übernehmen, dies zu tun. Weiter heißt es in dem Aufruf: Der Kampf der Arbeiter, Angestellten und Beamten an der Ruhr gegen die fremde Gewaltherrschaft erfordert große Opfer. Diese können dadurch erleichtert werden, daß wir einen Teil der Lasten tragen helfen. Der erste Zug soll womöglich am 16. April in der Schweiz ein-treffen, ein zweiter etwa am 6. Mai.

sicht bei der Bestimmung der Konstitution notwendig. Man muß — wie Prof. F. Kraus vortrug — immer den ganzen Menschen betrachten, seine ganze Disposition, seine Art, auf äußere Einflüsse zu reagieren, da sein individueller Charakter von äußerster Wichtigkeit für das Krankheitsbild ist. Die Medizin steht zwischen Natur- und Geisteswissenschaften und hat die Lehren der Beiden zu hören. Prof. Kreisamer zog im Anschluß an seine Konstitutionstypenlehre dann eine Parallele zwischen dem körperlichen und dem psychischen Geschehen und zeigte ihre Abhängigkeit voneinander. Die konstitutionelle Dynamik des Triebens reicht bis in die letzten Stufen des geistigen Geschehens hinaus und bestimmt alle seine Erzeugnisse. Der ganze Charakter des Menschen ist — wie Prof. Rühmann bewies — von der Sexualkonstitution abhängig. Für die Bestimmung der Konstitution selbst stellte Dr. B. v. Berg die drei Komponenten auf: die Geschlechtsfaktoren in den Zellen, die Hormone in den Keimdrüsen und die endogenen Reaktionstypen in dem Nervensystem. Während eine Veränderung der Geschlechtsfaktoren nicht in unserer Macht steht, ändern sich die Hormone fortwährend und beeinflussen den Reaktionstypus. Dieser Reaktionstypus ist basalen, was den Kindercharakter bestimmt, bis dann in der Pubertätszeit zusammen mit dem Reifen der Keimdrüsen sich der Hemmungskomplex zu entwickeln beginnt. Die Schwierigkeit der Typenfeststellung beruht in dieser Veränderung der einzelnen im Laufe der Zeit, so daß — nach den feinsinnigen Ausführungen von Prof. Rühmann — die generellen Konstitutionsmerkmale beinahe verwischt werden können. Son. Nat. Hirschfeld entwickelte dann an der Hand zahlreicher Lichtbilder alle intersexuellen Zwischenstufen in ihrer physischen und psychischen Bedingtheit und zeigte, daß ihre Handlungen und ihre Neigungen ihrer Veranlagung entsprechen. Wie wichtig diese Feststellung für unsere Rechtspflege ist — führte Prof. Hübner aus —, zeigen die Fälle, in denen das scheinbare Verbrechen nur eine Krankheit war. Er entwickelte eine ganze Anzahl von Problemen, die einer juristischen Erörterung harren, damit wir ein gerechtes und sinngemäßes Strafrecht bekommen.

Der ganze Verlauf der Tagung zeigte ein erfreuliches Begründen von der bisherigen Art der Heilung von Totalstörungen und ein Zuwenden zum gesamten Menschen, zur Berücksichtigung aller seiner Anlagen. Den treffenden Ausdruck für dieses Bestreben formulierte Prof. Kraus durch den Satz: „Nicht nur der ganze Organismus ist ein klinisches Problem, die Ärzte müssen als Personen zu den Kranken als Personen in Beziehung treten.“ Das wird wirklich das ideale Verhältnis werden. R. Charol.

Koltschläge G. R. Im letzten Vortrag von Prof. Rühmann am 25. Abend 8 Uhr, im Reichsausschuß, wurde der Redigierender Nationalen Akademie für Rühmann- und Schulmüller, unter Leitung von Prof. Carl Tschel, mitwirken.

Gesellschaft für Geschlechtskunde und Sexualreform. Am 22. 7. Uhr, spricht im Institut für Neeregelnde, Georgenstr. 36, Dr. Peter Schmidt über die klinischen Wirkungen der Steinoperation am Menschen. Eintritt 150 M.

Der „Neuerreiter-Ball“ in der Scala (Lutherstr. 22/24) findet am Sonnabend den 24. ab 9 Uhr statt. Kartenausgabe im Verlag Tillner (Ruhowstr. 16) und in der Buchhandlung des Grapischen Rabenitz (Ruhowstr. 22).

Wie steht's im Ruhrgebiet?

Lebensmittel ausreichend — Beschäftigung genügend — aber der Bürokratismus!

Von unserem Korrespondenten wird uns geschrieben: Die Lebensmittelversorgung im gesamten besetzten Gebiet ist ausreichend. Infolge der Verkehrsschwierigkeiten auf der Eisenbahn muß die Ware mit anderen Transportmitteln an Ort und Stelle befördert werden. Die besonderen Frachtkosten wirken sich stark auf die Preise aus, sie tragen zum Teil mit dazu bei, wenn die Löhne der Arbeiter- und Angestellten der privaten Industrie im Ruhrgebiet bis jetzt noch nicht im Verhältnis zu den hohen Aufwandskosten für die Lebensweise stehen. Deshalb muß man sich auf neue Lohnverhandlungen gefaßt machen. Bei dieser Gelegenheit könnte das Reichswirtschaftsministerium wieder gut machen, was es durch die Behandlung bestimmter Arbeiterschichten im Innern Deutschlands aus Anlaß neuer Lohnverhandlungen indirekt der deutschen Abwehrfront geschadet hat.

Durchaus zufriedenstellend ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitslose gibt es im Innern des Industriegebiets kaum. Soweit sie vorhanden sind, wird ihnen durch Reichslandarbeiten Arbeitsmöglichkeit gegeben. Einkommen liegen die Verhältnisse nicht so gut. Hier gibt es eine ganze Reihe von Arbeitslosen infolge der Verkehrsschwierigkeiten, ferner durch den sich bemerkbar machenden Rohstoffmangel. Die Lebensmittelindustrie liegt ruhmlos lahm. Dagegen brauchte bisher nicht ein deutscher Hochofen ausgeblasen zu werden, während in Frankreich fast 3/4 aller Hochofen stillgelegt wurden. Der hierzu notwendige Kalk wird im besetzten Gebiet selbst gewonnen und ist in genügender Menge vorhanden. Auch an den sonst notwendigen Rohstoffen besteht bisher kein Mangel. Die Bergwerke weisen natürlich einen starken Produktionsrückgang auf. Sie fördern heute fast ausschließlich nur noch den Selbstverbrauch und den Bedarf für Industrie und Gemeinden im Ruhrgebiet. Das sind ungefähr 50 Proz. der bisherigen Förderleistung. Schon daraus ergibt sich, daß der Ertrag der französischen Beuteunternehmungen an Kohle und Koks nicht groß sein kann. An der Versorgung der Gemeinden mit Kohle ist die Befähigung selbst interessiert, um Wasser und Licht zu erhalten. Deshalb unterläßt sie die Eingriffe in die Kohlenversorgung der Gemeinden.

Der Verkehr auf der Eisenbahn ist infolge der Beschlagnahme großer Strecken sowie der besten Maschinen und Wagen nur notdürftig. Aber ebenso notdürftig ist der Verkehr der Franzosen auf den militärisierten Eisenbahnen. Bisher haben sie auf den ihrer Luftkraft unterliegenden Strecken einen geregelten Betrieb nicht zustande gebracht. Bedingt das Notdürftigste an Proviand wird gefahren; ab und zu sieht man auch einen Kellereifersonenzug ohne Passanten. Die deutsche Bevölkerung leidet es ab, die von Franzosen gefahrenen Züge zu benutzen. An diesem Verhalten hat auch die Einrichtung französischer Bureaus zur Werbung von Passanten nichts geändert. Man ist deshalb dazu übergegangen, zweifelhaft Personen gegen Bezahlung in den Zügen zu befördern. Neuerdings gestatten die Franzosen wieder die Ausfahrt deutscher Lebensmittelwagen. Diese Wagen wurden bisher zurückgehalten, so daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln dem Reich täglich eine große Menge guter geschlossener Güterwagen kostete. Diese Maßnahme der Befähigung war als Entgelt für die Zurückhaltung deutscher Kohlenwaggons aus dem Ruhrgebiet gedacht.

Seider verschuldet der Bürokratismus, der die Eisenbahndirektionen des Westens auszeichnet, manchen Verlust an Material und Geld. In Duisburg hat man den Franzosen bisher z. B. dreimal das Vergnügen der Beschlagnahme von Lohagewerken gemacht. Das war nur möglich, weil die Lohnauszahlungen trotz der wiederholten Beschlagnahmen immer wieder am gleichen Ort und zu gleicher Zeit vorgenommen wurden. Und warum? Weil nach den Aufträgen der Beamten eine Verfügung, die die Auszahlung der Löhne an einem andern Orte als sonst bestimmte, nicht vorlag. Diese Verantwortungslosigkeit hat dem Reich bisher hunderte von Millionen gekostet. Dem gleichen Geist ist der Verlust von mehreren Milliarden für Material zu verdanken, das von den Franzosen beschlagnahmt worden ist, obwohl wochenlang Zeit war, es in Ruhe an einen sicheren Ort abzutransportieren.

Außer dem Bürokratismus in der Eisenbahnverwaltung des Westens wird das hebräische Treiben organisierter deutschpöplischer Banden im besetzten Gebiet zur Gefahr für unsere gerechte Sache. Der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Genosse Hufemann, hat die Regierungsmitglieder am Sonntag in Hamm aus guten Gründen, die man hoffentlich inzwischen auch in Berlin erfahren hat, auf die Treibereien der Rechten aufmerksam gemacht. Hier muß gehandelt werden, wenn man die deutsche Arbeiterschaft bei der Stange halten will.

Alles in allem gibt die Lage im Ruhrgebiet vorläufig keinen Anlaß zu Befürchtungen über die Haltung der Abwehrfront. Wenn das so ist, dann trägt hieran die deutsche Arbeiterschaft den wesentlichen Anteil. Sie hat zum Teil Haus und Hof geopfert, Verhaftungen und Ausweisungen über sich ergehen lassen und wird wohlwollend noch viel mehr ertragen müssen. Sie erwartet hierfür keinen Dank, aber sie verlangt zum mindesten ebenfalls Opfer der bestehenden Schichten des Volkes, für die jene erst kürzlich im Reichstag verabschiedeten Steuergesetze hier nicht als Kennzeichen betrachtet werden.

Praktische Kleinrentnerfürsorge.

Um der Not der Kleinrentner nach Möglichkeit zu steuern, sind von der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat Richtlinien aufgestellt worden. Die Bearbeitung der allgemeinen Angelegenheiten der Kleinrentnerfürsorge liegt in Berlin dem zentralen Wohlfahrtsamt ob, während für die Gewährung der Kleinrentnerunterstützungen die Kleinrentnerfürsorgestellen desjenigen Verwaltungsbezirks zuständig ist, in dem der unterstützungsbedürftige Kleinrentner seinen Wohnsitz hat. Als Kleinrentner im Sinne der Bestimmungen gelten bedürftige, im Inlande wohnende Deutsche, die selbst oder deren Ehegatten durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben haben, sich vor dem 1. Januar 1920 für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit eine Jahresrente von wenigstens 500 M. oder eine ihr entsprechende Sachversicherung sichergestellt haben und jetzt wegen Alters- oder Erwerbsunfähigkeit im wesentlichen auf diese Versorgung angewiesen sind. Ihnen können bedürftige Personen gleichgestellt werden, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen keine Arbeit finden konnten, denen aber aus Vorsorge ihrer Angehörigen eine entsprechende Versorgung gesichert ist. Die Kleinrentnerfürsorge an sich muß genau wie andere Unterstützungs- und Wohlfahrtsanstalten ausgebaut werden, denn die bereitgestellten Mittel bedeuten nicht mehr als einen Tropfen auf einen heißen Stein.

Doch auch mit den vorhandenen geringen Mitteln Segensreiches gestiftet werden kann, wenn soziales Verständnis vorhanden ist, das zeigt die Einrichtung eines Kleinrentnerheims im Osten Berlins, in der Rigaer Straße 103, Querg. 2 Tr. durch die Kleinrentnerfürsorgestelle des Bezirksamts Friedrichshagen. Das Heim besteht aus zwei freundlichen hellen Räumen, geschmackvoll von einer bekannten Kunstmalerin kostenlos ausgestattet. Der eine Raum — die Malereien an den Wänden versinnbildlichen den Frühling — ist als Arbeitsraum ausgestattet. Der zweite Raum, der Aufenthalts- und Speiseraum, allegorisiert den Spätsommer. Im Arbeitsraum befinden sich einige Nähmaschinen, mit deren Hilfe eigene und bezahlte Arbeiten hergestellt werden können. Den besonders bedürftigen Kleinrentnern wird kostenlos warmes Mittagbrot und Kaffee gereicht. In einer kleinen Küche befindet sich Kochgelegenheit. Durch die Zentralheizung wird den Kleinrentnern, die dazu imstande sind oder es wünschen, gewinnbringende Arbeit vermittelt. Dieses Heim, von den Kleinrentnern des Bezirks sehr begrüßt, wurde kürzlich durch eine kleine, dem Ernst der Zeit entsprechende Feler den Kleinrentnern und damit der Deffensivität übergeben.

Das Heim ist täglich von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends ununterbrochen geöffnet und wird von den Kleinrentnern selbst verwaltet. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß das Heim von den Kleinrentnern des Ostens recht roge in Anspruch genommen wird.

Ein Ruhrhilfeschwindel.

Der Oberst der Oberbergknappschaffen.

Einem Ruhrhilfeschwindel großen Stils hat jetzt die Kriminalpolizei ein Ende gemacht. Das Unternehmen dehnte sich auf alle Großstädte Deutschlands aus. Der Urheber und Leiter war ein 43 Jahre alter anscheinend geisteskranker aus Magdeburg gebürtiger Eugen Fischer aus der Landgrafenstraße 45 zu Frankfurt a. M., wo sein Betrieb bei seiner Frau und seinem Vater seinen Sitz hatte.

Fischer, der sich „Ingenieur-Geologe“ nennt, ernannte sich selbst zum „Oberst der Oberbergknappschaffen“ und reist in einer Phantasieuniform, halb Offizier, halb Bergmannstracht, mit vielen Orden geschmückt, im ganzen Reich umher. Überall ernannte er angehende Männer zu Hauptleuten, Ehren- und Verbandsräten des „Deutschen Reichs-Wohlfahrtsverbandes der Bergknappschaffen Schlägel und Eisen“ e. V. Weil er seinem Unternehmen einen behördlichen Anstrich gab und vertrauenswürdig auftrat, so fand er überall offene Ohren und Hände. Die ernannten Hauptleute usw., die er mit einem Bergmannsstab „vereidigt“ und denen er Ehrenurkunden über die Ernennung ausstellte, spendeten große Summen für den vermeintlichen wohltätigen Zweck. Tatsächlich bezieht er zunächst einmal für sich drei Zehntel des Geldes. Dann leben von den Einnahmen sein Vater und seine Frau, die in seinem Unternehmen als Kassierin und Schreibgehilfen angestellt sind. Für wohltätige Zwecke kann also nicht viel übrig bleiben. Die Kriminalpolizei in Frankfurt a. M. hat jetzt das Bureau geschlossen und alle Bücher und Kassensbestände beschlagnahmt. Fischer selbst ist jedoch noch nicht ermittelt.

Linienveränderung der Autobusse.

In den nächsten Tagen treten folgende Änderungen ein: Die Linie A verkehrt zwischen Reutal und Unter den Linden wie bisher. Von hier ab wird sie aber nicht mehr durch die Friedrichstraße, Chausseestraße und Müllerstraße bis zur Seestraße geführt, sondern über den Lustgarten, Hadeschen Markt, Rosenhofer Platz nach der Brunnenstraße, Ecke Invalidenstraße geleitet. Die Linie heißt abdann: „A, Brunnenstraße (Ecke Invalidenstraße) — Reutal, Hermannsplatz“. Die Linie 4 verkehrt wie bisher zwischen Reutal, Hermannsplatz, Hallisches Tor, Friedrichstraße bis zum Oranienburger Tor. Von hier ab wird sie nicht mehr durch die Chausseestraße und Reinickendorfer Straße zum Reitelbeplatz geführt, sondern über Rosenhofer Platz, Schönhauser Tor, Weichenburger Straße bis zur Danziger Straße, Ecke Prenzlauer Allee geleitet. Die Linie heißt abdann: „A, Prenzlauer Allee (Ecke Danziger Straße) — Reutal, Hermannsplatz“. Der genaue Zeitpunkt der Änderungen wird noch bekanntgegeben.

Der Aluminium-Zweihunderter.

Auf unsern Redaktionsstisch „katterte“ heute ein fliegendes tunkelgelbes Metallstück des Deutschen Reiches und zwar handelt es sich um eines der soeben zur Ausgabe gelangten neuen 200-Mark-Stücke, die auf der Vorderseite die Inschrift: 200 Mark 1928 Deutsches Reich und auf der Rückseite den Reichsadler und den Spruch: „Einigkeit und Recht und Freiheit“ tragen. Die Bezeichnung „Kattern“ erscheint angesichts der großen Leichtigkeit des Metallstückes — es ist aus Aluminium — nicht unangebracht. Offensichtlich erweist sich nun auch die Valuta nicht als katterhaft, sondern als stabil, weil man sonst nach kurzer Zeit mit dem Zweihundertmarkstück weder ein Theatergarderobengeld noch eine Untergrundbahnfahrt noch ein halbes Pfund Rotkehl mehr bezahlen könnte.

Ein Schritt zur Unterrichts-Wahlfreiheit.

Von der Hohenzollernschule, Oberrealschule, hat der Minister die vom Lehrerkollegium beantragte „Elastifizierung des Unterrichts in Prima grundfähig genehmigt. Der Lehrplan ist dabei so gestaltet, daß die Schüler entweder den normalen Kursus der Oberrealschule durchmachen oder je nach Reigung, Begabung und Berufsabsichten Stundenzahl und Lehrziel in einigen Fächern verringern können, um erhöhte Ziele in anderen Fächern zu erreichen. Diese Freiheit der Verstärkung bzw. Schwächung gilt für Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften, wobei die Einseitigkeit in einer Richtung immer eine stärkere Anspannung in der andern zur Bedingung hat, ohne daß aber, wie bei der sogenannten „Gabelung“, die Prima in zwei starke Stränge aufgespalten wird. Jeder Schüler hat außerhalb des gemeinsamen Kernunterrichts seine eigene, begrenzte „Wahlfreiheit“, insbesondere auch für die Arbeitsgemeinschaften in Philosophie, Deutsch, Französisch, Englisch, Latein,

Spanisch, Bürgerkunde, Naturwissenschaften, Zeichnen, Musik, Handfertigkeit, Turnen usw. Es ist zugelassen, daß wertvolle Leistungen in diesen Kurien gebührend bei der Reifeprüfung, die bei dieser Gestaltung doch den „bundesstaatlichen Umarmungen“ entspricht, also an allen deutschen Hochschulen Anerkennung finden wird, berücksichtigt werden dürfen bzw. müssen. Bessergleich die Anstalt an ihrem Charakter als Oberrealschule festhalten wird, dürfte doch auch bisherige Realschulmaschinen der Übergang in ihre Oberstufe möglich sein, vorausgesetzt, daß sie schon in Oberstufe und a. eintreten. Die Elastifizierung der Prima beginnt zwar erst Ostern 1924, aber schon Ostern 1923 treten die Lehrpläne der Obersekunda, die eine weitgreifende Umstellung des Lehrstoffs und der Lehrmethoden in Mathematik und Naturwissenschaften und wahlweise Kurse in Latein und Spanisch vorsehen, in Kraft. Anmeldungen von Schülern, die 1924 in Prima die hier gegebene Bewegungsfreiheit für sich fruchtbar zu machen beabsichtigen, müssen deshalb schon jetzt für die Obersekunda beim Direktor der Anstalt (Schönberg, Belgier Str. 48/53) erfolgen.

Wie man ohne Geld zu Lebensmitteln kommt.

Aus der Praxis eines einzigartigen Vereins.

Der in dem weitverzweigten Vereinswesen nicht unbekannt und sehr beliebte Name „Frohinn“ hat, wie sich in einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I ergab, auch zu einer höchst eigenartigen und einzigartigen Vereinsgründung gehalten müssen.

Der Posthilfeschaffner Wilhelm Henning, war in dieser Zeit der Teuerung aus den Gedanken gekommen, seine Lebenshaltung zu verbilligen, indem er durch Diebstahl von Eisenbahnwagen sich in den Besitz ansehnlicher Lebensmittelmengen setzte. Anfangs stahl Henning allein, als aber seine Beutezüge immer ausgedehnter wurden, nahm er sich einige Freunde zu Hilfe und man gründete, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, einen Verein, dem man den schönen harmlosen Namen „Frohinn“ beilegte. Der ganze Verein ging mit Hennings Hilfe auf die Diebstahlfahrten und stahl mit Hilfe der unterschlagenen Kasse ansehnliche Mengen von Lebensmitteln, wie Zucker, Mehl, Fleisch, Äpfel mit Eiern usw. Jeder erhielt von der Beute, soweit er für seinen Hausstand bedurfte, der Rest wurde an gefällige Händler abgegeben und der Erlös dann wiederum aufgeteilt. Der Verein bestand monatelang in ungezügelter Harmonie, bis eines Tages der Vorsitzende Henning die Gelegenheit auszunutzen, einen Posten Gänse zu kaufen. Der Verein, der aus sieben Mitgliedern bestand, begab sich an den verabredeten Ort und in aller Stille, im Dunkel eines Waggons, wurden zu nächstlicher Stunde 30 Martinsvögel der Hais umgedreht. Man zog reich beladen in das gemöblierte Stammlokal, um zu teilen. Nun aber ergab sich die Schwierigkeit, daß 30 sich durch 7 schwer dividieren läßt und ein Rest verbleibt. Nach einigem Ueberlegen kam man zu dem Entschluß, die verbliebenen Gänse gemeinsam zu verspeisen. Man tat das auch, hatte aber die Rechnung ohne die Wirtin gemacht, die wohl im Zerber darüber, doch man ihr nicht auch einen Gänsebraten überlassen, den ehrenwerten Verein „verpfliff“. Nun hatte sich gestern der gesamte Verein „Frohinn“ vor Gericht wegen Diebstahls und Hehlerei zu verantworten. Sechs Angeklagte waren geständig, nur der siebente, der erst neu aufgenommen war, konnte seine Unschuld nachweisen und erklärte stolz: „Ich hab mit die Brüder nicht zu tun, Herr Vorsitzender, der ist kein Verein vor mir.“ Die Verteidiger baten um mildere Beurteilung der langjüngigen Vereinsbrüder, doch verurteilte das Gericht den Posthilfeschaffner Henning zu einem Jahr drei Monaten, den Bierfahrer Töpfer zu einem Jahr sechs Monaten, den Arbeiter Wipperi zu vier Monaten, den Kausier Glas zu einem Jahr Gefängnis, die Ehefrau Glas zu zwei Monaten und den Arbeiter Reufeld zu vier Monaten Gefängnis.

„Beamtenhaft und Sozialismus“ war das Thema einer öffentlichen Versammlung des 4. Kreises am 19. März. Mit großem Interesse hörten die zahlreichen Besucher das Referat des Genossen Gronfeld, der auch die politischen Tagesfragen streifte. In der Diskussion wurde besonders das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der organisierten Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht und bemängelt, daß den noch zahlreich vorhandenen reaktionären höheren Beamten, besonders bei der Saupolizei, das Handwerk nicht gelegt wird. Daraus sei aber auch oft das passive Verhalten unserer Anhänger Schuld. Mit der Wahrung unserer energischer Haltung wurde die Versammlung, die auch einige Reuaufnahmen brachte, geschlossen.

Führungen im Botanischen Garten Dahlen im Jahre 1923 beginnen Montag, 19., Dienstag, 20., Montag, 20. und Dienstag, 27. März. Jeden Monat findet für die Teilnehmer eine Führung statt. Eintrittskarten für eine Führungsdirektion sind zum Preise von 200 M. (inkl. Eintrittsgeld für den Garten) erhältlich bei den Führern des Botanischen Gartens. Kinder unter 14 Jahren können nicht zugelassen werden.

Eine pädagogische Osterwoche mit dem Hauptthema „Erziehung zur Eigenständigkeit“ veranstaltet das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 120, vom 4. bis 7. April d. J. An der Veranstaltung kann nicht nur die akademisch und seminarisch vorgebildete Lehrerschaft, sondern können auch alle Freunde des Erziehungswesens teilnehmen. Es werden 14 Vorträge und Lehrproben von 18 Fachleuten gehalten werden.

Die verräterischen Fingerabdrücke.

Vom Erkennungsdienst wurde ein 28 Jahre alter Schlosser Walter Schwarz überführt, der im Januar 1921 den Postgenossen Döring und dessen Ehefrau und Schwiegermutter in Klitz in Mecklenburg durch Schläge mit einem Gasrohr ermordete. Schwarz leugnete beharrlich. Der Berliner Erkennungsdienst stellte jedoch nach Finger- und Handabdrücken, die er an der Tür des Zimmers, in dem die Opfer ermordet wurden, seine Person und Täterschaft unzweifelhaft fest. Ein Abbild der Abdrücke wurde in der Schwurgerichtsverhandlung in Schwerin vorgeführt. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des dreifachen Mordes schuldig, und das Gericht verurteilte ihn zum Tode. Es ist das erstmalig, daß Finger- und Handabdrücke bei einer Entscheidung über ein Kapitalverbrechen eine so große Rolle gespielt haben.

Schweres Unglück auf der Messeausstellung in Kiel. Auf dem Gelände der landwirtschaftlichen Messeausstellung in Kiel stürzte der hochragende Arm eines Getreidehebers plötzlich nieder und begrub vier Personen unter sich, von denen eine getötet, eine andere schwer, die übrigen leicht verletzt wurden.

Eisenbahnunglück in der Provinz Hannover. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich gestern vormittag zwischen 9—10 Uhr zwischen Eschede und Unterlüß. Der von Hannover kommende Eisenzug 77 fuhr aus bisher unbekannter Ursache auf einen Güterzug auf und entgleiste. Mehrere Wagen wurden aus dem Gleis gemorren. Der Eisenzug hat keinen Schaden erlitten, während ein größerer Materialschaden durch die entgleisten Güterwaggons zu verzeichnen ist. Der Betrieb konnte am späten Nachmittag wieder ordnungsgemäß bewerkstelligt werden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und vielhaß heller, nachts wieder sehr kühl, in den Mittagsstunden mild bei mäßigen süßlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Kreis, Wedding, Kreis Schulgenossenschaft. Heute abend, 7 Uhr, Familienbesprechung bei Unterberg, Straßburger Str. 18.

Devisenkurse.

	20. März		19. März	
	Käufer (Weiß-) Kurs	Verkäufer (Weiß-) Kurs	Käufer (Weiß-) Kurs	Verkäufer (Weiß-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	8224.88	8205.62	8224.88	8265.62
1 argentinische Papier-Peso . . .	7698.21	7781.79	7698.21	7681.79
1 belgischer Franc . . .	1167.07	1172.93	1147.12	1152.88
1 norwegische Krone . . .	8790.50	8800.50	8770.55	8789.45
1 dänische Krone . . .	8994.58	4015.02	4017.48	4037.57
1 schwedische Krone . . .	5548.60	5571.40	5548.59	5576.41
1 finnische Mark . . .	565.08	667.62	570.57	573.43
1 japanischer Yen . . .	9975.—	10025.—	9975.—	10025.—
1 italienische Lire . . .	1007.97	1013.08	1001.48	1006.51
1 Pfund Sterling . . .	97755.—	98245.—	97755.—	98245.—
1 Dollar . . .	20832.—	20837.22	20840.26	20844.74
1 französischer Franc . . .	1339.09	1365.91	1336.67	1338.33
1 brasilianischer Milreis . . .	2806.71	3818.20	2874.25	2805.75
1 Schweizer Franc . . .	8859.82	8878.68	8866.81	8885.69
1 spanische Pseta . . .	3206.96	8253.07	3211.95	3228.06
100 österr. Kronen (abgest.) . . .	28.80	29.02	28.79	28.95
1 tschechische Krone . . .	—	—	618.45	621.55
1 ungarische Krone . . .	4.83	4.87	5.28	5.27
1 bulgarische Lewa . . .	—	—	126.68	127.82
1 jugoslawischer Dinar . . .	—	—	210.47	211.58

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitslosigkeit.

Die folgende Übersicht, die mir dem „Gewerkschaftlichen Nachrichtenblatt“ des DGB. entnommen, zeigt eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Zu den Vätern mit chronischer Arbeitslosigkeit großen Umfangs sind jetzt auch die Väter mit stark entwerteter Währung getreten. Die Geldentwertung hat die Arbeitslosen in ihrer Kaufkraft wesentlich geschwächt. Der Preiswucher der Industriegüter, der Landwirtschaft und des Handels hat vielfach die Preise über das Weltmarktniveau hinausgetrieben. Die Arbeitslosigkeit hat also doppelten und internationalen Charakter.

Wohl zeigt Amerika seit etwa Jahresfrist eine bemerkenswerte Besserung, als noch die Zahl der Arbeitslosen allein in den Vereinigten Staaten auf 3 bis 4 Millionen geschätzt wurde. Leider fehlen genauere Zahlen, um die Entwicklung des nordamerikanischen Arbeitsmarktes übersehen zu können. In Kanada läßt sich die Entwicklung zahlenmäßig an der Zahl der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder verfolgen. Dezember 1921 und Januar 1922 waren dort 14 bis 16 vom Hundert der Mitglieder erwerbslos. Diese Zahl sank September auf 2,8 vom Hundert, um von da ab wieder zu steigen. Ende November 1922 waren bereits wieder 6,2 vom Hundert der Mitglieder arbeitslos.

Frankreich zählt verhältnismäßig wenig Arbeitslose, weil es Hunderttausende unter den Waffen hält und Kriegsdienstverweigerer läßt und weitere Hunderttausende mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigt. Die Landwirtschaft nimmt viele Arbeitskräfte ab, so daß sogar ein durch einwandernde Ausländer gedeckter Bedarf entstanden ist. Hinzu kommt, daß beim Aufbruch der zerstörten Gebiete zahlreiche Arbeitskräfte beschäftigt sind. Belgien zeigt eine erhebliche Besserung des Arbeitsmarktes. Seit Beginn 1921, wo rund 200 000 Arbeitslose und Kurzarbeiter festgestellt wurden, ist die Zahl bis Ende Dezember 1922 auf rund 26 000 gesunken, für das kleine Land eine trotzdem nicht unerhebliche Zahl. Die deutschen Zahlen sind bekannt. Die bis Juli 1922 anhaltende Hochkonjunktur, die sich auf den niederen Löhnen der deutschen Arbeiter aufbaute, weicht seitdem einer stärkeren Arbeitslosigkeit, die Ende Januar in einigen Industrien bereits zur Krise gesteigert ist. Zwar ist Ende Januar mit 4,4 vom Hundert erwerbsloser Gewerkschaftsmitglieder eine eigentliche Katastrophe noch nicht erkennbar. Aber neben der Zahl der Vollerwerbslosen steht die schnell und stark steigende Zahl der Kurzarbeiter.

England zeigt, verglichen mit den Höchstzahlen im Mai und Juni 1921, als die Krise am schärfsten wirkte, eine Besserung des Arbeitsmarktes. Damals waren 2,1 Millionen (17 bis 18 vom Hundert) der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten völlig erwerbslos; die Gewerkschaften zählten 22 bis 23 vom Hundert ihrer Mitglieder arbeitslos. Seitdem sinken diese Zahlen langsam, aber im Dezember 1922, dem günstigsten Monat, waren noch 1 431 929 Versicherte (12,2 vom Hundert), von den Gewerkschaftsmitgliedern 14 vom Hundert, arbeitslos. Am Januar 1923 ist die Zahl wieder auf 1 493 000 (12,7 vom Hundert), davon 1,23 Millionen Männer und 264 700 Frauen, gestiegen. Außerdem bezogen noch 60 147 Kurzarbeiter Erwerbslosengeldunterstützung. Seit mehr als zwei Jahren steht die englische Volkswirtschaft vor der Aufgabe, von ihren rund 12 Millionen Versicherten 1,4 bis 1,5 Millionen arbeitslos zu unterhalten, ohne daß eine Lösung des furchtbaren Problems zu erkennen ist.

Die skandinavischen Länder zeigen wohl eine Besserung des Arbeitsmarktes, zeigen jedoch noch wie vor eine ungeheure Arbeitslosigkeit. In Dänemark, Schweden und Norwegen trat die Krise Ende 1920 ein und erreichte ihren Höhepunkt am 1. Oktober 1922, als die dänischen Gewerkschaften 29 bis 33 vom Hundert, die schwedischen 33 bis 35 vom Hundert und die norwegischen 24 bis 26 vom Hundert ihrer Mitglieder völlig arbeitslos zählten. Ende Oktober waren diese Zahlen auf 11,3, 15,0 und 11,6 vom Hundert gesunken. Seitdem zeigt sich ein erneutes Ansteigen der Arbeitslosigkeit. So waren Ende Dezember in Dänemark 20,3 vom Hundert, in Schweden 21,7 vom Hundert der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Schweden betrug am Jahresende 45 900. Neuere Zahlen für Norwegen liegen nicht vor.

Auch die Schweiz ist noch wie vor stark notleidend. Das Land, das in der ersten Hälfte des Jahres 1920 zwischen 3000 und 5000 Arbeitslose zählte, sah 1921/1922 ein fröhlich schnelles Ansteigen. Der Februar 1922 brachte mit fast 100 000 Arbeitslosen den Höhepunkt. Bis zum Oktober senkte sich diese Zahl auf 48 200, stieg von da an wieder und erreichte Ende Dezember wieder 53 463 Arbeitslose und 20 429 Kurzarbeiter. Ende Januar 1923 sind es 56 275 Arbeitslose und 19 668 Kurzarbeiter. Auch Italien zeigt eine ähnliche Entwicklung. Januar 1922 Höchststand mit 60 819 Arbeitslosen, dann ein Abfallen bis zur Mitte des Jahres auf 318 000, um von da an wieder anzusteigen auf 352 000 Arbeitslose. Dazu traten noch Ende Dezember 42 600 Kurzarbeiter.

Für Holland liegen nur die Zahlen der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder vor, die das Weiterwachen der Arbeitslosigkeit zeigen. Auch hier eine Besserung verglichen mit den Höchstzahlen Anfang 1922, als 20 bis 22 vom Hundert der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren. Es zeigt sich eine erhebliche Besserung bis zum September, als immerhin noch 9,1 vom Hundert arbeitslos waren. Von da an steigt die Zahl erneut. Ende Dezember waren 14,0 vom Hundert der Mitglieder arbeitslos. Einschließlich 10 000 Kurzarbeitern waren von 332 000 Mitgliedern 52 519 nicht vollbeschäftigt.

Die Tschechoslowakei zeigt das Bild einer überaus ersten, sich schnell steigenden Krise. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug am 1. Oktober 1922 252 390, am 1. November 266 964. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen wird für 1922 angegeben: Juni 56 600, Oktober 127 300, Dezember 141 000 und Januar 1923 mit 190 000.

Deutschösterreich ist seit der „Reorganisation“ seiner Finanzwirtschaft durch die Wiltner in eine katastrophale Krise ge-

stürzt. Ende Oktober 1922 war die Zahl der unterstützten Arbeitslosen bereits auf über 57 000 gestiegen. Im Dezember zählte das kleine Land 91 237 Vollerwerbslose, davon allein 85 345 in Wien. Mitte Januar ist diese Zahl bereits auf 128 000 gestiegen, dazu treten jedoch noch 250 000 Kurzarbeiter. Neuerdings liegen auch aus Rußland genauere Nachrichten über den Umfang der Arbeitslosigkeit vor. Die steigende Finanzkrise hat die Samjeterregierung gezwungen, die ungeheuer überbesetzten Behörden stark abzubauen, die Arbeiter und Angestellten zu entlassen. Aber die russische Wirtschaft kann die Entlassenen, obwohl das Land an allen Dingen bitter Not leidet, nicht aufnehmen, denn die Industriewerte und der Handel sind in trostloser Verfallung und selbst zu weiteren Entlassungen genötigt. Nach einem am 17. Januar veröffentlichten amtlichen Bericht des Volkswirtschaftsministeriums für Arbeit registrierten am 1. Dezember 1922 Petersburg, Moskau und 77 Provinznachweise zusammen 243 950 Arbeitslose. Von diesen entfielen auf Petersburg 71 373, auf Moskau 55 358. Damit steigt sich seit dem 1. Oktober ein Ansteigen der Gesamtzahl um 30 132, davon in Petersburg um 1750, in Moskau um 7339.

Gautag der Holzarbeiter.

Der Bau-Brandentag der Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am 17. und 18. März im Gewerkschaftshaus seinen Gautag ab, um zum kommenden Verbandstag in Kassel Stellung zu nehmen.

Gauvorsitzer Siegfried gab einen Bericht über die verfloßenen zwei Jahre. Unter Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Bericht konnte er feststellen, daß sich die Mitgliederbewegung sehr günstig gestaltet habe. Eine besonders hohe Zunahme hatten die weiblichen und jugendlichen Mitglieder zu verzeichnen. Für die Erziehung der Mitglieder zum Gedanken der Organisation konnte infolge der starken Inanspruchnahme der Funktionäre bei den dauernden Lohnbewegungen nicht das geleistet werden, was notwendig war. Die Lohnverhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig, weil die Unternehmer nur zum Teil Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind und aus diesem Grunde eine Anzahl örtlicher und betrieblicher Verhandlungen notwendig waren. Den Kampfscharakter der Organisation erkenne man aus der Tatsache, daß in der Berichtsperiode 360 Streiks mit 45 323 Beteiligten durchgeführt wurden, die 21 Millionen Reich-Mark Streikunterstützung erhielten.

In der Aussprache wurden im allgemeinen die Arbeit des Gauvorsitzes gebührend gewürdigt.

Darauf sprach Dammmer vom Verbandsvorstand über den Verbandstag in Kassel. Der Verband hat sich gut entwickelt. Die Mitgliederzahl stieg von 371 000 auf 441 000; davon die Zahl der Weiblichen und Jugendlichen von 16 000 auf 28 350. Für die Erziehung und Betriebsratschulung werde das Möglichste getan. Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß der größte Teil derjenigen Kollegen, die den bisher bewährten Weg verlassen hatten, inzwischen sich wieder zurückgefunden hat. Mit einer Mahnung zur Einigkeit und Geschlossenheit schloß der Redner. Ein Antrag, ein Korreferat entgegenzunehmen, wurde fast einmütig abgelehnt.

In der Aussprache begründeten zwei kommunistische Redner Anträge, die dem Verbandsvorstand für seine Haltung in Fragen der Arbeitsgemeinschaft des Holztravens auszusprechen. Diese Anträge wurden gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Angenommen wurde ein Antrag, der den Verbandsvorstand auffordert, den Lohnabbau solange zu verhindern, bis die Preise der Lebensmittel im Verhältnis zu den Löhnen den Stand der Vorkriegszeit erreicht haben. Weiter ein Antrag, der die Bekämpfung des Wuchers und die Einsetzung von Kontrollinstanzen verlangt. Ebenso Anträge, die eine Reform der Steuererhebung und die Einführung der Goldentlohnung verlangen. Für die Maschinenarbeiter wurden Zuschläge zu den Facharbeiterlöhnen gefordert.

Der Verbandsvorstand wurde ferner beauftragt, in der Behringstrasse entsprechende Schritte zu unternehmen. Der Jugendarbeit soll in Zukunft größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zu diesem Zwecke wurde die Abhaltung einer Jugendleiter-Versammlung vereinbart.

Siegfried schloß die Konferenz mit der Mahnung, in den kommenden Kämpfen, die uns zweifellos bevorstehen, einig zusammenzuhalten.

Wertmeister im Einzelhandel Nachdem unser Tarifvertrag für Groß-Berlin für allgemeinverbindlich erklärt worden ist, regeln sich vom 15. November 1922 an die Bezüge der Kaufleute und Wertmeister aller Branchen im Einzelhandel nach dem verbindlich erklärten Wertmeister-Tarifvertrag. Auch alle Handels- und Spezialgeschäfte, welche der Einzelhandelsgemeinschaft nicht angehören, lassen unter diese Verbindlichkeitsklärung. Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle des Deutschen Wertmeister-Verbandes, Straßburger Str. 56.

Weitere Fusionen englischer Gewerkschaften.

Die zwei vom Generalkonferenz des Gewerkschaftskongresses für die 35 Retailarbeiter- und die 15 Textilarbeiterverbände (Organisationen der Baumwollindustrie ausgeschlossen) einberufenen Konferenzen zeigten günstige Resultate.

Der Generalkonferenz ist nun im Begriff, zur Besprechung der Frage des Zusammenschlusses, ähnliche Konferenzen für das Druckerergewerbe und die Dienstwege der Postverwaltung zu organisieren. Im Druckerergewerbe gibt es ungefähr 14 Verbände mit einer Gesamtmitgliedschaft von circa 173 000. Diese Organisationen sind bereits in der Föderation der Verbände des Druckerergewerbes und verwandter Berufe losgekommen, und der Generalkonferenz glaubt, daß eine Tendenz zum allgemeinen Zusammenschluß besteht.

Die österreichischen Angestellten der Post haben wegen Entziehung der Regierarten und Freilartern auf den Bundesbahnen beschlossen, von gestern Montag, ab in die passive Resistenz zu treten. Dem Beschluß haben sich sämtliche Organisationen obiger Angestellten angeschlossen.

Wirtschaft

Zur Kugholzverwertung.

Aus Kreisen der Forstwirtschaft wird uns geschrieben:

Das Kugholz wird befruchtungsregend inapp. Einde des Rheins finden Abgabe und Abfuhr aus Staatsforsten gänzlich, der Einschlag aus Gemeinde- und Privatwäldern gelangt nicht mehr über den Strom und an die Städte seines hauptsächlichsten Verbrauchs. Die Einfuhr aus den östlichen Grenzländern wird durch Zölle und zum Teil hohen Stand der fremden Währung, sowie durch langen Frachtweg verteuert — durch die Abneigung der Tschechen und Polen gegen die Reichsmark außerdem erschwert. Trotz des stetiger gewordenen und gesunkenen Kurzes der fremden Währung erzeugt die Kugholzknappheit ein gefährliches weiteres Steigen der Preise, das mit der Preistreiterei des Zwischenhandels und der Marktspekulationen sowie mit den veralteten Zahlungsbedingungen nichts zu tun hat. Verschieden, wie die Ursachen der Kugholzvertuerung, müssen darum auch die Abwehrmaßnahmen sein.

Wie nötig sie sind, zeigt u. a. die Notlage der Reichsbahn- und Telegraphenverwaltung. Das Eisenbahnzentralamt ist genötigt, Schwelien gegen englische Pfunde zu kaufen. Die Telegraphenverwaltung bezieht einen erheblichen Posten ihrer Kosten aus Böhmen und Polen. Warum dies? Wächst in den deutschen Forsten nicht mehr genug Schwelien- und Mastenholz zu? Keinesfalls erscheint es angängig, die Reichsbetriebe mit inländischen Erzeugnissen im Stich zu lassen und nun einigen wenigen Großhandelsfirmen die zu befürchtende Monopolstellung gegenüber dem Reich zu verschaffen zu lassen. Darum: Herabsetzung der Einfuhrzölle für Schwelien- und Mastenholz und Bewilligung von Einfuhrprämien — im Sinne der Forderungen Tarnocis — sofort und zunächst für diese staatswirtschaftlich wichtigen Sortimente, falls man für Schmittböcher sich dazu noch nicht entschließen möchte. Da verbilligte und erleichterte Einfuhr vielleicht noch nicht genügen wird zur Bedarfsdeckung und maßvollen Preisbildung, so sind gleichzeitige innerwirtschaftliche Unterstützungen mittels veränderter Verwertung des gesamten Kugholzes erforderlich. Die seither bräudliche öffentliche Versteigerung oder Submission gegen Reifgebot kann dem Reich gegenüber in freihändige Abgabe zu einem vereinbarten Preise umgewandelt werden. Nach unserer gesamten Wirtschaftslage selbstverständlich kann es nur ein Preis sein, der sich vom Weltmarktpreise stets in gewissen Abständen hält. Solche Preisvereinbarungen zwischen den Waldbesitzern aller Art und den Reichsbetrieben sind noch in einzelnen Waldgebieten jederzeit möglich. Von Seiten der Privaten und der Gemeinden muß ferner die in der Notlage der Reichsbetriebe erwartet werden, daß sie in der Preisvereinbarung kein materielles Opfer erblicken, sondern eine wirtschaftliche Zweckmäßigkeit, die, wenn sie nicht verwirklicht würde, sie schwer schädigen könnte. Denn jede Vernachlässigung der wichtigsten Verkehrsmittel muß auf den Absatz und Handel mit Kugholz früher oder später mit Bestimmtheit nachteilig wirken.

Von preisregulierendem Einfluß ist die Abschaffung aller Kaufgelderleistungen auf ein halbes Jahr oder drei Vierteljahr, die der Marktspekulation ungewollten Vorschub leistete und preisregulierend gewirkt hat. Da beim Ausschalen des Buchenschwennholzes nur zu geringe Rücksicht genommen wird auf den jeweiligen Buchenschwennpreis, so ist dessen Senkung von Bedeutung. Auch sie kann durch Aufgabe der langfristigen Kaufgelderleistungen, die hauptsächlich von den süd- und westdeutschen Kommunen und privaten Forstverwaltungen noch gestattet sind, mit erreicht werden.

Das Kiefern-, Fichten- und Tannenmastenholz bleibt hingegen von Nadelbrennholzpreisen unbeeinflusst und ganz dem Kadelbauholzpriese unterworfen, der — abgesehen von den freiwilligen, gegenwärtigen Vereinbarungen zwischen Waldbesitz und Bauholzverarbeitern — nur mit Einfuhrerleichterungen zu regulieren sein wird.

Eine direkte Unterstützung der Reichsbetriebe durch die inländische Forstwirtschaft mit ausgedehnter Schwelienhauerei und mit der an sich höchst einfachen, ohne Spezialarbeiter zu bewältigenden Herrichtung von Telegraphenstangen ist nichts weiter als Pflicht gegenüber der Allgemeinheit und eine reine Organisationsfrage. Wenn von gewisser interessierter Seite Einwendungen gegen die Schwelien- und Mastenherstellung in eigener Regie gemacht werden, so steht fest, daß die Forstwirtschaft und die Reichsbetriebe aus etwaigen früheren Fehlern genug gelernt haben und ihre Arbeiten zum Staatswohle nunmehr mit verbesserten Methoden wiederaufnehmen können.

Eine gewerkschaftliche Feststellung über genossenschaftliches Wirken. Der Konsumverein in Mannheim, ein in sehr befriedigender Entwicklung befindliches genossenschaftliches Unternehmen mit 666 Mitgliedern hat Halbjahresumsatz seiner Mitglieder, hielt kürzlich eine Generalversammlung ab, um den Geschäftsanteil zu erhöhen. Gemeindevorstand waren die Ausführenden eines Vertreters der größten Gewerkschaftsorganisationen von Mannheim, der Retailarbeiter, der erklärte, daß für die monatlichen Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern jeweils die Steigerung der Lebenshaltung von zwei der bedeutendsten Geschäfte in Mannheim ermittelt wird. Dabei stellte sich regelmäßig heraus, daß die Preise der im Konsumverein entnommenen Waren durchschnittlich um 20 v. H. niedriger sind als die im größten Privatgeschäft der Stadt Mannheim. Diese Ausführungen zeigen, was die Genossenschaft ihren Mitgliedern während der ganzen Zeit der Feuerung gewesen ist. Die preisregulierende Tätigkeit der Genossenschaft wurde dann auch öffentlich anerkannt.

Verantwortlich für den Text: Emil Schell, Berlin; für Anzeigen: E. Gluck, Berlin. Verlag Bornsche-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornsche-Verlagsdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8

Volkskleidung
Kosen
Winterjoppen
Manchester-Anzüge
Hemden, Socken
Unterhosen

Berufskleidung
Gute Ware!
Billigste Preise!
Gerh. Kohnen
Hermannstr. 76/77.

Geld
Für jede Wertsache
und Pfandnahme
auch mit Rückkaufrecht.
Wih. K. F. Lange
Holzmarktstraße 5
Jannowitz-Passage.

Zinn
Gold-, Silber-Bruch
Quecksilber
Blei, Kupfer, Platin
usw.
kauft a. Engrospreisen
Scharow, Lange Str. 35
im Schöneberg-Bahnhof

Reste-Haus
C. Pelz
Kottbusser Str. 5

Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Wäntel, Kostüme
Röcke
2 1/2 % Rabatt!

Zeitungs-papier
gebünd., ca. 250.
Ganz- u. Weis-
lampen färbend
Dose Berlin
Neukölln
Welter-
E. 178
Blagelch-Reinboden
Reinfor. Reut. 261.

**Gold-, Silber-,
Platin-Bruch**
auch zer-
brochene
oro Zahn 3200, 4000 bis 90 000 Mark
Gold-, Silberbruch zum Tageskurs kauft
Zahn-Ankaufsstelle
B. Zymelski, Weißburger Str. 32
Spezial-Arzt Dr. Scotti
für Haut- und Geschlechtskrankheiten,
veraltete Harnleiden, Syphilis-Kuren,
Blutuntersuchung Aelter. Lösser-Institut.
9-11-12
Dir.: Löser senior
Rosenthaler Str. 69/70, im P. Damenrepar.

Ischias
Eintauf von Brillanten,
Beren, Smaragde, Platin, Gold- und
Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe,
Schapiro, Reus Röntgenstr. 19a, im Regen.

Leihhaus
Humboldt
Riesen-Auswahl in
Herren-Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Gummimäntel
Keine Lombardware!
Gerichtstr. 23, nicht am Nettelbeckplatz.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten
Zahngelbisse zahlt unübertreffbare Preise
R. Felske,
67 Große Frankfurter Strasse 67.

Zähne auf Teilzahlung
Durch frühere Einnahme in ich in der Lage, meinen
Patienten künstliche
zum halben Tagespreis
Zähne,
Kronen u. Brückenarbeiten auf Kredit zu liefern.
— Volle Garantie. —
Plomben usw., Umarbeitungen u. Reparaturen sofort.
Hans Berlin, Dentist Moabit, Stephanstr. 17, 1
Ecke Rathenower Straße
Sprechzeit von 9-12 u. d. 2-7, Sonntags von 10-17

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelbisse, Uhren, Ketten, Ringe
sowie
Altmetalle kauft zu
Engrospreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)
1 Minute vom Hof Frankf. Allee
— Fahrgeldvergütung —
Größtes Abstarbgebiet für Händler.

**Gold, Silber,
Platin-Bruch**
Zahngelbisse
kaufen zu unübertreffbaren Preisen,
da Selbstverwertung
I. Skalitzer Str. 31 Lad.
II. Kaiser-Allee 210
Eing. Reensburger Str.

Die besten Fabrikate
immer noch
billig
Fuchs

Schönhauser Allee 72
Am Ringbahnhof
Zahngelbisse
auch einzeln
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
kauft zum höchsten Tageskurs
Edelmetal-
verwertung
Kopenhagenstr. 9.